

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

10.06.2022

Inhalt

EWN

1 Rückkehr in die Heimat – lukrative Arbeit im gewohnten Umfeld <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 10.06.2022</i>	3
2 Umweltministerin Lemke erteilt Rückkehr zur Kernkraft klare Absage <i>Handelsblatt.com, 09.06.2022</i>	4

Rückkehr in die Heimat – lukrative Arbeit im gewohnten Umfeld

Landesagentur punktet mit konkreten Job-Angeboten

Dort arbeiten, wo andere Urlaub machen - der landläufige Sympathiebonus für Mecklenburg-Vorpommern findet in der Lebens- und Arbeitswirklichkeit von Fachkräften und Hochschulabsolventen im Land noch allzu oft keine Entsprechung. Beispielsweise pendeln täglich rund 75 000 Menschen aus MV zur Arbeit in benachbarte Bundesländer. Nach neuesten Erhebungen von 2021 verlässt fast ein Viertel der Studienabsolventen den Nordosten, um anderswo ins Berufsleben zu starten. Für die Unternehmen zwischen Wismar und Wolgast erschwert dieser Befund die Suche nach Fachkräften. Top ausgebildete ArbeitnehmerInnen sind stärker gefragt denn je, um etwa der demografischen Überalterung zu begegnen sowie geeignete Führungskräfte und Nachfolger in den Firmen entwickeln und den wirtschaftlichen Wachstumskurs fortsetzen zu können.

Naturbasierte Lebensqualität des Landes

Andererseits sind abgewanderte Fachkräfte weiter mit Mecklenburg-Vorpommern heimatlich verbunden, schätzen Zuzugswillige die naturbasierte Lebensqualität des Landes. Das birgt erhebliches Potenzial für die Wirtschaft. Mit Jobangeboten können diese Menschen interessiert und im günstigen Fall zur Rückkehr beziehungsweise Zuwanderung bewegt werden. Wie auf dem heimischen Arbeitsmarkt besteht jedoch auch hier das Kernproblem darin, dass die Zielgruppe außerhalb der Landesgrenzen zu wenig Kenntnis über die beruflichen Chancen und Perspektiven hierzulande besitzt. Um das Informationsdefizit zu überwinden und Anknüpfungspunkte für einen ersten Kontakt zwischen Arbeitgebern und Interessenten zu vermitteln, haben Industrie- und Handelskammern (IHK), Unternehmensverbände und die Landespolitik in der Vergangenheit verschiedene Initiativen und Kommunikationsformate gestartet. Zum Beispiel bündelt und

offeriert die seit Jahren tätige landeseigene Agentur „MV4YOU“ auf ihrer Homepage konkrete Stellenangebote der hiesigen Wirtschaft. Sie richtet sich gezielt an potenzielle Rückkehrer und Zuzugswillige und präsentiert ihr Angebotsportfolio auch auf Berufs- und Bildungsmessen oder bei Career Days. Das Wirtschaftsministerium des Landes betreibt auf ähnliche Weise eine Homepage unter dem Titel „Anheuern in MV“. In Kommunen werden sogenannte Rückkehrer-Tage initiiert, mit denen „verlorene Landeskinder“ angesprochen werden sollen.

Plattformen: Geringer Aufwand, große Reichweite

Den Unternehmen bieten diese Plattformen und Veranstaltungen eine effiziente Gelegenheit, mit geringem eigenem Aufwand eine große Reichweite und passgenaue Ansprache zu erzielen. Dabei sollten die Jobangebote dezidiert auf die Motive abgestellt sein, die für eine eventuelle Rückkehr beziehungsweise den Zuzug besonders ausschlaggebend sind. Neben einer angemessenen Vergütung sind dies vor allem vielfältige Möglichkeiten moderner Work-Life-Balance, eine gute Kinderbetreuung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie spannende Karriereaussichten. Auch in diesen Punkten ist das Recruiting über Rückkehrer-Informationsplattformen sehr hilfreich. Sie halten einen umfangreichen Service rund um den beruflichen Neustart in Mecklenburg-Vorpommern vor. Auf der Website von „MV4YOU“ sind unter anderem regionale Anlaufstellen, sogenannte Welcome Center, verlinkt. Diese unterstützen Rückkehrer und Zuzugswillige schnell und unkompliziert etwa bei der Suche nach einer Wohnung, bei der Kinderbetreuung und in Schulfragen, helfen bei Behördenangelegenheiten und geben Tipps zu Kultur, Sport und Freizeit.

Handelsblatt.com | 09.06.2022 | S. online

Silke Kersting; Dietmar Neuerer

WEBLINK

ENERGIEPOLITIK

Umweltministerin Lemke erteilt Rückkehr zur Kernkraft klare Absage

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner fordert eine offene Debatte über die Rückkehr zur Kernkraft – und stößt damit auf Widerspruch vonseiten der Koalitionspartner.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) hat der Rückkehr zur Kernkraft eine klare Absage erteilt. Eine Laufzeitverlängerung ließe sich, wenn überhaupt, nur mit Abstrichen bei der Sicherheit der Atomkraftwerke realisieren. Dies komme für das Bundesumweltministerium (BMUV) nicht infrage, sagte ein Ministeriumssprecher dem Handelsblatt. „Angesichts der Erfahrungen des russischen Krieges gegen die Ukraine stellen sich Sicherheitsfragen nochmal drängender. Es kann weniger denn je einen Sicherheitsrabatt geben.“

Das BMUV reagiert damit auf einen Vorstoß von FDP-Chef Christian Lindner. Dieser hatte dafür geworben, eine Rückkehr zur Kernkraft nicht kategorisch auszuschließen. Deutschland dürfe sich einer Debatte nicht verschließen, die überall auf der Welt geführt werde.

Der Ministeriumssprecher betonte, Deutschland habe sich aus guten Gründen in einem breiten Konsens für den Ausstieg aus der Atomkraft entschieden, deren Risiken letztlich unbeherrschbar seien. „Der Atomausstieg macht unser Land sicherer.“ Zudem sei die Frage einer Laufzeitverlängerung vom BMUV und dem Wirtschaftsministerium „gründlich geprüft“ worden. Das Ergebnis sei bekannt und habe Bestand. „Auch die AKW-Betreiber stehen zum Atomausstieg und teilen im Wesentlichen die Einschätzung der Ministerien“, fügte der Sprecher hinzu.

Auch der Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, wies die Forderung Lindners zurück. „Zum Thema Atomkraft ist alles entschieden. Es wird keine Laufzeitverlängerung geben“, sagte Miersch dem Handelsblatt. „Diese würde keine etwaigen Versorgungslücken schließen.“ Außerdem müsse man auch Uran importieren.

Lindner vollzieht mit seinem Vorstoß eine 180-Grad-Wende. Anfang März hatte er sich noch ganz anders

positioniert. Angesprochen auf den Bau vieler kleinerer Atomkraftwerke in Frankreich hatte Lindner seinerzeit der „Rheinischen Post“ gesagt: „Bei der Kernenergie glaube ich persönlich, dass erst unsere Enkel diese Technologie für Deutschland neu prüfen werden.“

SPD-Politiker nennt im Bau befindliche Atomkraftwerke „Investitionslöcher“

Naheliegender sei, betonte Lindner damals, ein Dreischritt von anderen Energieformen. „Erstens müssen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen, zweitens neue Importquellen für Gas, Kohle, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe erschließen und drittens die Nutzung bestehender Kohlekapazitäten bewerten.“

Jetzt sagte Lindner, die Menschen erwarteten, dass wegen des Klimaschutzes, der Abhängigkeit von Kremlchef Wladimir Putin und der Inflation alle Möglichkeiten erwogen würden. Wirtschaftlich sei er zwar noch nicht überzeugt, dass sich neue Investitionen in Kernkraft wirklich rechneten, erklärte der FDP-Chef in der „Bild“-Zeitung. „Aber Deutschland darf sich einer Debatte nicht verschließen, die überall auf der Welt geführt wird. Ich rate dazu, die Argumente vorurteilsfrei auf den Tisch zu legen.“

Der SPD-Politiker Miersch sagte dazu, dass Atomkraft keine Zukunft habe, könne man in vielen europäischen Ländern sehen. „Überall werden Atomkraftwerke aus Sicherheitsgründen eins nach dem anderen abgeschaltet.“ Die im Bau befindlichen Atomkraftwerke seien „Investitionslöcher – von der überwiegend ungeklärten Frage der Endlagerung ganz zu schweigen“ Erneuerbare Energien seien dagegen „viel günstiger“, erklärte Miersch. Die Gewinne würden über viele Bürgerinnen und Bürger statt in die Tasche eines Konzerns verteilt. Allein der maximale Ausbau der Erneuerbaren

schaffe Energiesouveränität, betont der SPD-Politiker.

AKW-Betreiber verweisen auf gesetzliche Regelung zur Abschaltung

Auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wandte sich gegen Lindners Vorstoß. „Zur Atomenergie ist nicht mehr viel zu sagen“, sagte Habeck der „Bild“-Zeitung. „Ideologiefrei fachlich wurde das Thema Anfang der Legislatur noch mal durchgeprüft. Das ist aus den Fachministerien heraus entschieden – und politisch auch.“ Dies sei kein Weg, den Deutschland weitergehen wird.

Am Netz sind in Deutschland nur noch die Atomkraftwerke Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Sie sollen bis Ende des Jahres ebenfalls abgeschaltet werden. Eine Verlängerung der Laufzeiten wegen der neuen Lage nach der russischen Invasion in die Ukraine hatten das Wirtschafts- und das Umweltministerium bereits abgelehnt. Stattdessen soll die Energiewende hin zu erneuerbaren Stromquellen vorangetrieben werden.

Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte sich gegen einen Weiterbetrieb von AKWs ausgesprochen. Ebenso die Betreiber der letzten drei laufenden Atomkraftwerke. Ein Weiterbetrieb über das festgelegte Enddatum für deutsche Atomenergie am 31. Dezember 2022 hinaus „wäre mit hohen Hürden technischer als auch genehmigungsrechtlicher Natur verbunden“, sagte etwa ein Sprecher der RWE AG der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Es gebe „eine klare gesetzliche Regelung zur Abschaltung der Kernkraftwerke“.

Eine PreussenElektra-Sprecherin unterstrich: „Wir haben über die vergangenen Wochen und Monate hinweg klargemacht, dass ein Weiterbetrieb von Isar 2 unter gewissen Voraussetzungen möglich wäre, aber einen gewissen zeitlichen Vorlauf benötigt.“ Die Bundespolitik habe sich vor längerer Zeit dazu geäußert und erklärt, dass sie auf diese Option nicht zurückgreifen wolle. „Eine neue Sachlage gibt es aus unserer Sicht also nicht.“

Erstveröffentlichung: 2022-06-09 11:17:00 letzte Aktualisierung: 2022-06-09 17:06:05